

Tsunami in Südostasien

Die große Flut und wie sie benutzt wird

Die politischen und wirtschaftlichen Berechnungen der Katastrophenhelfer ...

Das bisher zweitstärkste gemessene Erdbeben der Neuzeit mit nachfolgenden Flutwellen im Indischen Ozean verwüstet weite Teile der Küste Südostasiens und fordert mehr als zweihunderttausend Todesopfer. Die Menschheit ist entsetzt – Klassen und Grenzen überschreitend. Spontan empfinden, denken, agieren alle, wie es aussieht sogar die maßgeblichen Instanzen der imperialistischen Staatenwelt, so als hätte sie ein Anflug von Vernunft gepackt. Allen ist klar, alle sind entschieden: Was es braucht, um mit dem Chaos fertig zu werden, ist koordinierte, zentral geplante Hilfe. Das, wovon sonst alles abhängt und worum sich sonst alles dreht: Profit, Schuldenbedienung, Handel, Kommerz, die Konkurrenzfähigkeit der nationalen Standorte und die politische und ökonomische Konkurrenz ihrer Regierungen... wird für fehl am Platz erklärt – für eine kleine Weile.

Spätestens in Phase 2 nach dem erstem Erschrecken über das Ausmaß der Zerstörungen und die Leichenberge werden die internationalen Hilfsangebote von den professionellen Kennern und Kommentatoren der bürgerlichen Welt selber sachkundig und kritisch in ihre tatsächlich gültigen Bestandteile zerlegt. Jede womöglich vorhandene Täuschung über die wohlmeinenden Absichten und menschenfreundlichen Zwecke, die die maßgeblichen Akteure der Weltpolitik verfolgen, wird ausgeräumt. Aufgeklärte Journalisten klären unnachsichtig auf über die staatlichen Berechnungen hinter all der Grenzen übergreifenden Wohltätigkeit – wie immer besonders gern über diejenigen auswärtiger Souveräne. Aber auch im eigenen Staatswesen kommt so leicht keiner der staatlichen Wohltäter und Krisenmanager unentlarvt davon:

- Grundsätzlich geht es allen Nationen bzw. deren Machern darum, vor der ominösen Instanz namens Weltöffentlichkeit gut dazustehen: „Die Hilfe für die Flutopfer in Asien ist zunehmend eitel und selbstgefällig. Sie gibt sich protzig und dröhnt, statt leise und selbstlos daherzukommen. Und sie ist – ungeachtet aller hehren Ziele – auch gesteuert von einem politischen Eigeninteresse...“ (SZ, 7.1.05)

- Dabei geht es keineswegs nur um ein ideelles „Punkte-Sammeln“, um einen guten Eindruck vor wem auch immer, sondern um handfeste Interessen, um Geschäftliches und um politischen Einfluss: „Allerdings sollte man sich von der Welle der Solidarität nicht täuschen lassen. Auch die Hilfe folgt eigenen, nicht immer feinen Gesetzen. Selbst Katastrophen haben viel mit Ökonomie und Politik zu tun. Hätte der Tsunami eine Region getroffen, die touristisch, wirtschaftlich und strategisch weniger interessant ist als Süd- und Südostasien, dann wäre das Engagement der USA und Europas wohl wesentlich geringer ausgefallen.“ (Handelsblatt, 7.1.05) „...längst konkurrieren die Spender um den politischen Einfluss, der mit der Verteilung des Geldes einhergeht.“ (SZ, 7.1.05)

- Derartige Interessen und unfeine Kalkulationen werden nach- und nebeneinander allen Beteiligten vorgerechnet. Am ausführlichsten den USA: „Hilfsaktion poliert US-Image in Asien auf“ „Außerdem spielt Indonesien beim Kampf gegen den globalen Terror eine wichtige Rolle, und die USA würden das Land dafür gerne stärker einspannen. US-Außenminister Colin Powell nennt die Hilfsaktion daher auch ‚eine Investition in unsere nationale Sicherheit‘“ (Handelsblatt, 5.1.05)

- Frankreich, dessen Führung den Amerika-Kritikern die Stichworte liefert, kommt auch nicht besser weg: „Das beständige Pochen in Paris auf die der Uno zukommende Führungsrolle

verriet französische Befürchtungen über eine dominierende Rolle Amerikas bei der Hilfsaktion. Präsident Bushs Ankündigung einer multinationalen Hilfskoalition ... provozierte offenbar ähnliche Abwehrreflexe auf französischer Seite wie die Irak-Krise.“ „... Indem Frankreich die internationalen Gremien wie die Uno zusammen mit seinem eigenen Beitrag in den Vordergrund rückt, will es sich offenbar wieder einmal gegen die amerikanische ‚Hypermacht‘ profilieren.“ (NZZ, 4.1.05)

- Worum es der indischen Regierung geht, wenn sie angebotene Hilfe ablehnt und ihrerseits Hilfe für betroffene Nachbarn mobilisiert, wissen aufmerksamen Kenner der Szene ebenfalls: „Auch beim Wiederaufbau geht es um Politik und Geld. Indien und Thailand lehnen fremde Hilfe ab – sie wollen sich nicht vom Westen abhängig machen und ihre Entwicklung selbst steuern.“ (Handelsblatt, 7.1.05) „Indien unterstreicht mit der Fluthilfe seinen Anspruch als Regionalmacht“ (Handelsblatt, 5.1.05)

- Bei Japan ist schon gleich alles klar: „Die japanischen Bemühungen fallen in eine Zeit, da die Regierung – ähnlich wie die deutsche – um eine größere Rolle in der Weltpolitik bemüht ist. ... Die Flutkatastrophe bietet Koizumi nun wieder eine Gelegenheit, den Willen seines Landes zu größerer Verantwortung zum Ausdruck zu bringen“ (FAZ, 3.1.05)

- Im Fall China weiß man ebenso Bescheid: „Das Erdbeben markiert einen strategischen Wandel: ... Zum ersten Mal hat China angesichts eines weltweiten Dramas wie jeder westliche Staat und nicht wie die anderen Entwicklungsländer reagiert. Peking verbirgt nicht seine weltweiten Ansprüche und läßt sich ganz unzweideutig selbst in das Konzert der Nationen ein. ...die Rivalität mit den USA (hat) schon begonnen.“ (Figaro, zitiert in SZ, 8.1.05)

- Nicht einmal Deutschland kommt ohne Aufdeckung seiner weltpolitischen Berechnungen davon, auch wenn deren „Entlarvung“, soweit von Seiten deutscher Kommentatoren vorgenommen, vergleichsweise wohlmeinend ausfällt: „Hierzulande kann einen fast schon der Verdacht beschleichen, dass die Welle ausschließlich Urlauber an deutschen Stränden verschlungen hätte, oder dass über die Zukunft Südostasiens jetzt im Kanzleramt entschieden würde.“ (SZ, 7.1.05) „Deutschland wünscht funktionsfähige Vereinte Nationen. Auch Schröders Bemerkung, humanitäre Hilfe sei Teil eines ‚erweiterten Sicherheitsbegriffs‘, richtete sich an Washington: Wer dem Terror das Wasser abgraben will, darf nicht nur aufs Militär setzen.“ (Kölner Stadt-Anzeiger, zitiert in FAZ, 7.1.05)

Kritisch begutachtet werden aber nicht nur die doppelbödigen Absichten der Regierenden; auch politökonomische Zusammenhänge kommen zur Sprache:

- Schon das Ausmaß der Katastrophe selbst – so erfährt man – ist nicht bloß geotektonisch zu erklären: „der Hinweis, dass es sich bei den von der jetzigen Katastrophe Getroffenen ganz überwiegend um arme Länder handelt, liefert auch eine Begründung für das Ausmaß des Schadens, doch alles andere als eine Entschuldigung. Denn die These, Arm stirbt eben früher und schneller, trifft schließlich nicht nur auf besonders spektakuläre Fälle, sondern auf das gesamte Problemspektrum der Dritten Welt zu.“ (Handelsblatt, 28.12.04) „Dabei ist das Muster derartiger Katastrophen stets ähnlich. Sie reißen vor allem diejenigen ins Verderben, die ohnehin schon Tag um Tag ums Überleben kämpfen müssen. Ja, es hat auch Touristen getroffen. Doch nichts in der Welt macht so verletzlich wie die Armut.“ Dabei geht es auch anders; bei den Kommunisten z.B.: „Auch arme

Inhalt

- Tsunami in Südostasien
- Studium generale: Deutschland im Umbau
- Hunger in der Dritten Welt
- PISA-Studie

Vortragsankündigung: Der ganz normale Nationalismus

(Wolfgang Rössler • Redakteur GEGENSTANDPUNKT)

Das Selbstbewusstsein, Deutscher und als Deutscher einiges wert zu sein, ist schwer in Mode. Deutsche freuen sich über das gestiegene Ansehen deutscher Politiker bei den restlichen hohen Herren dieser Welt und unterteilen die Menschheit in liebsame und vor allem unliebsame Ausländer. Sie befürworten die deutsche „Leitkultur“ und sind stolz auf die Leistung der Deutschen als Sportler, „Spendenweltmeister“ und „Friedensstifter“. Deutsche machen sich die Erfolge der Nation zu ihrem persönlichen Anliegen, unabhängig davon, ob sie von und in dieser Nation persönlichen Erfolg haben. Und sie nehmen persönlichen Misserfolg zum Anlass, „ihre“ Regierung zur Durchsetzung aufzurufen – gegen schlechte Deutsche und Nicht-Deutsche.

Diese anständigen Bürgern in Fleisch und Blut übergegangene grundlose Parteilichkeit für die eigene Nation wird von der Politik und den Medien täglich bedient und gefordert. Eine „Patriotismusdebatte“ stellt klar, dass Vaterlandsliebe eine bürgerliche Grundtugend ist und dass die früher nicht selten gepredigte Zurückhaltung in Sachen demonstrativen Nationalstolzes die nur schweren Herzens ertragene Einschränkung eines elementaren menschlichen Grundbedürfnisses war.

„Unsere Leistungskraft und unseren Gemeinsinn als Deutsche entwickeln wir ja nicht aus der Summe der Einzelinteressen, sondern aus einem klaren Bekenntnis zur Nation und der Verantwortung für das Ganze...“ (Merkel nach FAZ.NET, 28.11.)

Das nationale Ganze ist offensichtlich getrennt von der Summe seiner Teile, hat also eine selbständige Existenz. Und nicht nur das. Es wird eine ausgesprochen unsachliche Haltung der Bürger verlangt. Ihre so oft beschworene „kritische Mündigkeit“ sollen sie dadurch unter Beweis stellen, dass sie von den Zumutungen abstrahieren bzw. diese in den gefühlsmäßigen „Zusammenhang“ stellen, dass sie wegen Deutschland sein müssen. Gerade dann, wenn ihnen Opfer aufgenötigt werden, sollen sie also nicht nach dem eigenen Schaden, sondern nach dem Erfolg der Opfer für die Nation fragen und deshalb „ja!“ sagen.

Das wirft Fragen auf:

- Welche Fehlschlüsse hat der Bürger gezogen, wenn er glaubt, Deutschland seien „wir alle“?

- Wieso wird das Gefühl des nationalen „Wir“ dadurch, dass die meisten Patrioten Opfer nationaler Standortsanierung sind, nicht erschüttert, und wieso sind Patrioten dazu bereit, bei Militäreinsätzen ihr Leben für deutsche „Friedenssicherung“ aufs Spiel zu setzen?

- Wie kriegen es Bürger hin, die gefühlsmäßig-subjektive Bindung an die Nation, die Liebe zum eigenen Vaterland immer genau so auszugestalten, wie es dem aktuellen politischen Programm entspricht. Und warum, muss man sie dennoch oder deswegen vor nicht mehr oder noch nicht zeitgemäßen Übertreibungen zu warnen?

„Die Liebe zum eigenen Land, unser Patriotismus richtet sich nicht gegen ausländische Mitbürger.“

Ausführungen dazu in der Veranstaltung.....

**am Dienstag, 1. Februar 2005, 19 Uhr
in der Neuen Aula, Hörsaal 2
Wilhelmstr. 7 in Tübingen**

Jetzt auch in Freiburg:

HS 3043, KG III, Mittwoch, 2. Februar 2005

Länder können im Katastrophenschutz viel leisten, wenn sie den politischen Willen dazu aufbringen. Beispiel Kuba: Dort funktionierte die Evakuierung vor dem jüngsten Hurrikan mindestens ebenso gut wie in den USA.“ (SZ,

28.12.04)

- Den Reichtum der Reichen trifft es dagegen erheblich weniger: „Nach Einschätzung von

Fortsetzung Seite 2, Spalte 1

Impressum:

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DES MARXISTISCHEN PRESSEWESENS E.V.
Böblinger Str. 135; 70199 Stuttgart; Tel.: 0711/6151772; V. i. S. d. P.: Theo Wentzke
www.gegenstandpunkt.com; www.politischebildung.net
www.gegenstandpunkt-s.de; Kontakt: versus.tuebingen@gmx.de
Druck: Gassner Druck GmbH Reutlingen

Einmal um die Welt mit dem Segelboot

Experten werden sich die Belastungen für die Rückversicherer in Grenzen halten. „Es trifft wirklich nur die Ärmsten der Armen, die nur selten versichert sind“, sagte ein Analyst.“ (SZ, 28.12.04)
„Einig sind sich Volkswirte darüber, dass die wirtschaftlichen Folgen der Katastrophe geringer ausfallen werden als die der SARS-Krise im Jahr 2003. Denn die am stärksten betroffenen Regionen in Indien, Sri Lanka und Indonesien sind extrem arm und spielen volkswirtschaftlich kaum eine Rolle.“ (Handelsblatt, 4.1.05)

- Auch in der Tourismusbranche verteilen sich die Schäden höchst unterschiedlich auf Kapital und Knechtsarbeit vor Ort: „*Studien zeigen, dass der größte Teil der Reiseausgaben – in manchen Entwicklungsländern bis zu 90 Prozent – in den Händen der ausländischen Reiseunternehmen bleibt und/oder für Importe aufgewendet werden muss… Den Reibach machen in erster Linie ausländische Reiseveranstalter, Fluggesellschaften und Hotelketten. Die Brotsamen vom Tisch der Reichen teilen sich dann Hotelangestellte, Fischer, Kleinbauern, fliegende Händler und die Huren in den Bars und Bordellen von Phuket. So lebt tatsächlich jeder in seiner Welt vom Tourismus.“* (FR, 5.1.05)
Dass Europas Reise-Industrie – ganz im Gegensatz zu den Lohnarbeitern in ihren exotischen Dependancen – praktisch keine Einbußen erleidet, berichten alle Wirtschafts-redaktionen.

- Auf der andern Seite erscheint höchst zweifelhaft, ob die Hilfe viel hilft. Denn erstens weiß der erfahrene Berichterstatter, dass nur ein Bruchteil überhaupt ankommt: „*Grosse Ernüchterung brachte … die … Bilanz über die laufenden Hilfsprogramme. … nur ein Beispiel: Nach dem Erdbeben, das die historische iranische Altstadt von Bam weitgehend zerstört hatte, wurde über eine Milliarde Dollar an Unterstützung versprochen; bis heute ist davon ein Betrag tatsächlich ausbezahlt worden, der nicht einmal 2 Prozent der Gesamtsumme erreicht.“* (NZZ, 12.1.05)
Zweitens weiß man von den zuständigen Politikern, dass sie ihre Grobzügigkeit an der einen Stelle mit Kürzungen anderer Hilfs-Budgets „gegen zu finanzieren“ pflegen: „*Es ist zu befürchten, dass die Katastrophe den weltweiten Kampf gegen die Armut eher bremsen denn beschleunigen wird. … die Flut im Indischen Ozean ist ein doppeltes Desaster, weil sie nicht nur Millionen Asiaten in akute Not gestürzt hat, sondern weil dies andernorts zu gefährlichen Engpässen in der Hilfe führen wird, besonders in den Elendsgebieten südlich der Sahara. Der Bestand für die Flutopfer bindet Milliarden Dollar und viele Experten, die dort nun fehlen.“* (SZ, 4.1.05)

- Überhaupt erscheinen die Maßstäbe in mancher Hinsicht ziemlich verschoben: „*Im Kongo haben jahrelang alle vier Monate so viele Menschen ihr Leben verloren wie bei dem Tsunami. In Bangladesch sind im Jahr 1991 140.000 Menschen durch eine Flut gestorben – wo war da das Kabinett? Die Vereinten Nationen haben empfohlen, 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts in Entwicklungshilfe zu stecken. Davon ist Deutschland mit derzeit 0,3 Prozent weit entfernt.“* (Nürnberger Zeitung, 7.1.05)

- Zum Thema „ungleiche Verteilung“ gibt es auch noch Grundsätzlicheres anzumerken: „*Eines hat die Spendenbereitschaft der wohlhabenden Länder, die ja nicht ihr letztes Hemd geben, überdeutlich gezeigt: Wie obszön ungleich Wohlstand und Elend auf der Welt verteilt sind.“* (SZ, 8.1.05)
Und nicht nur die Verteilung, auch die Verwendung des Reichtums ist kritikabel: „*So kommt ein inakzeptabler Kontrast ans Tageslicht: Zwischen der hervorragenden Organisationsmaschinerie, die die reichen Länder in Gang setzen, wenn sie entscheiden, einen Krieg zu führen, und der Armut in der Art, mit der sie einer globalen Naturkatastrophe begegnen, die mehr als 150.000 Tote gefordert hat, darunter viele aus dem Westen.“* (La Repubblica, zitiert in SZ, 4.1.)

- Nach Lage der kapitalistischen Dinge ist im Übrigen Vorsicht geboten, wenn Gläubiger-nationen großzügig werden: Schuldenerlass oder auch schon Zahlungsaufschub, wie ihn Mitglieder des ‚Pariser Clubs‘ für die am schwersten getroffenen Länder planen, können mehr schaden als nützen. Zwar rückt schon ein

Blick auf die Kreditverbindlichkeiten dieser Staaten die Dimensionen zurecht: „*Zwei Milliarden Dollar sind, verglichen mit früheren Spendenaktionen, tatsächlich ein Sprung nach vorn. In Relation zu 131 Milliarden Dollar, mit denen beispielsweise Indonesien bei den Industrienationen verschuldet ist, wird jedoch deutlich, wie schnell die Hilfe durch Zinsen wieder zurückerstattet wird. Mit einer Senkung dieser Last könnten die G-7-Staaten … weit mehr leisten.“* (Thüringer Allgemeine, zitiert in FAZ, 7.1.05)
Jedoch: „*Schuldenmoratorium stößt in Asien auf wenig Gegenliebe. Die von der Katastrophe betroffenen Länder fürchten eine Herabstufung ihrer Kreditwürdigkeit und ein Eingreifen des IWF“*; Indien, Thailand und Malaysia wollen sich das nicht leisten und lehnen die Offerte daher ab, und auch der indonesische Außenminister kennt seine Gläubigerbanken: „*‘Allen guten Vorsätzen zum Trotz haben wir Sorge, dass unser Kreditzinsniveau durch einen Aufschub gefährdet werden könnte’, sagte Wirajuda.“* (FAZ, 14.1.05)

…. sind die Bedingung für die Hilfe

Die Profis der öffentlichen Meinung kennen sich aus – und im Großen und Ganzen haben sie recht: So ist sie tatsächlich beieinander, die politische Welt. Sobald den berufenen Staatenlenkern etwas hinreichend Wichtiges auf ihre Tagesordnung gerät, es kann sein was will, leben in den Hauptstädten der „1. Welt“ schlagartig sämtliche imperialistischen Berechnungen auf, die dort ohnehin andauernd angestellt werden. Von wegen, irgendein zuständiger Machthaber hätte, vom großen Notfall im Indischen Ozean beeindruckt, auch nur eine Sekunde lang „umgedacht“. Der Entschluss zur Nothilfe wird nach denselben Kriterien getroffen, die Hilfe selbst nach Maßgabe derselben ausgreifenden Interessen abgewickelt wie noch jede Exportvereinbarung, jede Entwicklungs- „Zusammenarbeit“, überhaupt jede der ansonsten üblichen zwischenstaatlichen Freundlichkeiten und Erpressungen. Es geht um Einflussnahme auf die Willensbildung der regierenden Instanzen, deren Länder von der Katastrophe betroffen sind und die sich insofern, geschwächt oder jedenfalls in Schwierigkeiten, besonders leicht beeinflussbar zeigen könnten. Zugleich wird damit auf der höheren, entscheidenden Ebene der imperialistischen Konkurrenz eine Initiative im permanenten Ringen mit den gleichermaßen engagierten „Partnern“ um Federführung bei der Formulierung und Praktizierung einer „gemeinsamen“ Politik, um einen gewichtigen Platz in der Oberliga der global aktiven Ordnungsmächte gestarbt. Genau darin besteht der entscheidende, nämlich der ganze politische Inhalt der Hilfe, die die dazu fähigen Staaten den Tsunami-Opfern leisten: Sie ist nicht mehr und nicht weniger als ein Instrument der Welt(rang)ordnungspolitik, um die es in der maßgeblichen Staatenwelt ohnehin ununterbrochen geht. Sie mag kein besonders machtvoller Hebel sein – ein Investitionsschutzabkommen hat ohne Zweifel ein größeres Gewicht als eine hergeschenkte Wasseraufbereitungsanlage: Und eine echte Waffenbrüderschaft mit all ihren schönen politischen Konsequenzen wird nicht gleich daraus, wenn die Bundeswehr in einem von der großen Welle noch zusätzlich verwüsteten Bürgerkriegsgebiet ein Notlazarett aufstellt und auch nicht daraus, dass ein regulärer Flugzeugträger der USA mit seinen Kampfhubschraubern Trinkwasser und Nahrungsmittel ausliefert. Für das Aussteten der Kooperationsbereitschaft auswärtiger Herrschaften jedoch, für erste oder neue Schritte hin zu politischen Allianzen, die man unterhält und pflegt, um in Streitfragen der substanzielleren Art, von der nächsten WTO-Runde bis zur Regelung von Staatsschulden und von der Machtverteilung in der Uno bis zur Formierung von Fronten im globalen ‚Anti-Terror-Krieg‘ voranzukommen, dafür bietet eine Katastrophe so großen Ausmaßes und in einer so interessanten Weltgegend allemal eine, sogar ganz unverhofft eine ganz ausgezeichnete, Gelegenheit. Und sie taugt auch als ein Anlass dafür, das politische Kräfteverhältnis zu den konkurrierenden Global-Strategen weiterzuentwickeln, die einander sowieso ständig belauern. Auch Lektionen hält das Großereignis bereit, von deren Wichtigkeit nicht nur irgendwelche schlechbüwtigen Knallköpfe in Frankfurter Redaktionsstuben überzeugt sind. Dort bringt man die Sache nur unbeschönigt auf den Punkt:

„Um zu größten internationalen Rettungsaktion der Geschichte einen nennenswerten logistischen Beitrag zu leisten, fehlen Europa, die Kraft, die Präsenz, das Material. Wirksame Hilfe leisten nicht die Netten, sondern die Star-ken, nicht Versorgungsschiffe, sondern Flugzeugträger. Der Startschuss zum Grobeinsatz fiel nicht in Brüssel, sondern in Washington. „Wenn die große Naturkatastrophe fast ohne Zutun der Europäer gemeistert werden kann, kann man auch auf anderen Gebieten auf sie verzichten. Das besorgniserregend zu finden ist kein deplazierter Chauvinismus.“ (FAZ, 6.1.05)

Der Militarismus , beim Blick auf die Welt in Flugzeugträgern zu denken ist in der Welt von heute jedenfalls nicht deplaziert. Das haben sicher auch die amtierenden Profis in Berlin mitgekriegt, die andererseits auch ohne derart schweres Gerät in der Tsunami-Katastrophe die Chance sehen und wahrnehmen, in ihrem Mehrfrontenkampf um Einfluss in Ostasien, um politische Bevormundung der EU, um Fortschritte in Richtung auf mehr weltpolitische Gleichrangigkeit mit den USA und um eine bedeutende Rolle in der Uno ein Stückchen weiterzukommen.

Den Nerv ihres wunderbaren marktwirtschaftlichen Systems trifft die erregte Weltöffentlichkeit ebenso genau, wenn sie die ökonomischen Berechnungen wiedergibt, die sich mit dem Unglück, der Hilfe und dem fälligen Wiederaufbau der verwüsteten Gegenden verbinden. Es ist wirklich so, dass „die Weltwirtschaft“ über die Katastrophe ebenso wie über das materielle Elend, das sie nach sich zieht, mit einem Achselzucken hinweggeht, weil „das Wachstum“ dadurch so gut wie gar nicht beeinträchtigt wird. Nicht einmal das Versicherungsgewerbe muss größere Zahlungen fürchten, weil in den betroffenen Elendsgebenden sowohl die versicherten Schäden als auch die „Versicherungs-dichte“ überhaupt sehr gering sind; um so größer sind die Chancen fürs Neugeschäft mit potenteren Kunden, die der Tsunami „sensibilisiert“ hat. Auch die Tourismuskonzerne erleiden kaum Einbußen: Sie haben sowieso alle Natur-Attraktionen auf dem Globus in eine Konkurrenz um Angebote für ihr Geschäft mit den kompensatorischen Freizeitbedürfnissen halbwegs zahlungsfähiger Massen einbezogen und verdienen an den Umbuchungen, die sie anzubieten haben. Der Wiederaufbau wird das nächste Großgeschäft; auf die dafür spendierte Zahlungsfähigkeit freuen sich schon die Multis der Bau- und Ausstattungsbranche und so viel steht sowieso fest: Das Programm „Wiederaufbau“ ist wörtlich zu nehmen – etwas anderes als die Wiederherstellung der Armut in den „abgelegenen“ Gegenden, der einträglichen Benutzungsverhältnisse in den Tourismusgebieten, alles ungefähr haargenau so, wie es vorher war, findet nicht statt. An den Zuständen hat es ja schon vorher keine wirksame Kritik gegeben, im Vergleich zum Elend nach der Katastrophe sehen sie erst recht ganz prima aus und gelten als das Non-plus-ultra für die Betroffenen. Etwas Besseres als das Privileg, für ganz wenig Lohn den Touristen ihren Dreck wegzuräumen, hat die freie Weltwirtschaft den Eingeborenen der „Traumstrände“ rund um den Indischen Ozean jedenfalls auch in Zukunft nicht anzubieten: So viel Ausbeutung soll aber schon wieder sein!

Wegen „Hilfe“ ist Kritik an der Politik untersagt

Bei der Unterrichtung des Publikums über den Umgang der Nationen, die sich fürs Weltgeschehen zuständig wissen, sind den Folgen der großen Welle im Indischen Ozean wird wirklich keine der Berechnungen, die die Profis der Welterschaft und des Weltgeschäfts anstellen, verschwiegen. Trotzdem bleibt daneben unverwütlich die frohe Botschaft in Kraft, der Welt ginge es hier doch mal wirklich, wenigstens auch, um ehrliches und vernünftiges Helfen. Der logische Kunstgriff, mit dem dieses betrachterische Kunststück bewältigt wird, funktioniert so: Um all die aufklärerischen Berichte setzen die kritischen Meinungsmacher gewissermaßen eine große Klammer; sie richten ihren Blick davon weg auf den positiven Effekt, der immerhin und trotz allem zustande kommt, und stellen sich und ihrem Publikum implizit oder sogar ausdrücklich die hochgradig absurde Fra-

ge, ob „man“ denn tatsächlich bloß wegen der namhaft gemachten gemeinen Berechnungen der Macher das Helfen hätte lassen sollen. Mit der Frage ist die Antwort schon klar: natürlich Hilfe leisten nicht die Netten, sondern die Star-ken, nicht Versorgungsschiffe, sondern Flugzeugträger. Der Startschuss zum Grobeinsatz fiel nicht in Brüssel, sondern in Washington. „Wenn die große Naturkatastrophe fast ohne Zutun der Europäer gemeistert werden kann, kann man auch auf anderen Gebieten auf sie verzichten. Das besorgniserregend zu finden ist kein deplazierter Chauvinismus.“ (FAZ, 6.1.05)

Nun sind zwei Dinge in der Tat nicht zu bezweifeln. Erstens versteht es sich von selbst, dass man Menschen, denen durchaus zu helfen ist, nicht zugrunde gehen lässt; und jeder Euro oder Dollar, der in den Händen eines hilfsbedürftigen Singhalesen oder Indonesiers landet, ist dort auf alle Fälle besser aufgehoben als im Staatshaushalt einer imperialistischen Nation – auch wenn besorgte Haushaltspolitiker in Berlin und anderswo daran so ihre Zweifel haben und sich auch durch den Überschwang allgemeiner Hilfsbereitschaft nicht lange davon abhalten lassen, diese anzumelden.

Weniger selbstverständlich ist das Zweite, aber auch das steht fest: In der demokratisch-marktwirtschaftlich geordneten modernen Welt kann man wirklich nicht damit rechnen, dass Hilfe geleistet wird, einfach weil sie nötig und das Nötige vorhanden ist. Es sind tatsächlich lauter imperialistische Staatsinteressen und kapitalistische Vorteilsrechnungen, nach denen auch und sogar in einer denkbar dringenden Notlage darüber befunden und entschieden wird, ob und wie Hilfe stattfindet. Doch wieso soll diese üble Sachlage ein schlagender Grund dafür sein, sie zu akzeptieren und die Kritik daran hintan zu stellen? Wenn nicht einmal das Selbstverständliche sich von selbst versteht, sondern alles erst durch die Mühle der Einfluss-, Beherrschungs- und Konkurrenzinteressen gedreht wird, die auch sonst über die Verteilung von Glanz und Elend auf dem Globus entscheiden; wenn noch jeder Rettungseinsatz zur Machtfrage wird: Spricht das denn für die herrschenden Interessen, die alles zu einer Machtfrage machen? Ist das nicht vielleicht eher ein Argument gegen die Welt, in der solche „Zusammenhänge“ herrschen?

Für die Weltöffentlichkeit, die sich mit ihrer geballten Sachkenntnis der Tsunami-Katastrophe annimmt begründet das keine Kritik, weder an der Konkurrenz noch an den Staaten, die alles darunter subsumieren. Kritik *daran* macht für sie einfach keinen Sinn. Stattdessen sind konstruktive Bedenken geboten: kritische Einwände, die auf eine bessere, menschenfreundlichere Handhabung all der zynischen Vorteilsrechnungen kommerzieller wie weltpolitischer Art zielen, von denen alles abhängt. So sind alle Erläuterungen zum Weltenlauf gemeint, die dem Publikum geboten werden. Im härtesten Fall fassen sie sich deswegen in dem Zweifel zusammen, ob die ganze Angelegenheit bei den amtierenden Machthabern, über deren Berechnungen man so gut Bescheid weiß und so ungeschminkt Bericht erstattet, wohl in guten Händen sind. Skepsis ist erlaubt, ob inmitten aller Berechnung noch genügend echte Hilfsbereitschaft unterwegs ist und ob, wenn es mit der schon nicht weit her ist, trotzdem der Effekt stimmt. Für den Befund, dass eine besonders große Not Politiker dazu bewegt, glatt auch noch mit ihrer Befehlsgewalt über die Nothilfe Politik zu machen, gilt auf alle Fälle die umgekehrte Lesart: An der Nothilfe zeigt sich die Unentbehrlichkeit politischer Befehlsgewalt; und damit verbietet sich jede Kritik daran. „*Staaten handeln nie uneigennützig*“, so die Kommentatorin der Tagesthemen von NDR, „*und das ist auch nicht verwierlich*“, sondern dermaßen normal und das Normale dermaßen in Ordnung, dass man schon deswegen gar keine Lust mehr haben soll, auch nur nachzufragen, worauf dieser Eigennutz sich eigentlich richtet und was die maßgeblichen Staaten so alles anrichten, wenn sie „handeln“. Im Zweifelsfall soll man es halten wie die Opfer, empfiehlt die Redaktion der Frankfurter Rundschau: „Vor allem aber ein Argument entzieht der

Kritik den Grund. Millionen Menschen, die dringend auf Hilfe und auf Zukunft warten, fragen nicht, ob das Trinkwasser aus ihrer neuen Aufbereitungsanlage mit persönlichen oder politisch-strategischen Hintergedanken fließt.“ (FR, 6.1.05) – Ein anständiger Bürger hat sich nicht dafür zu interessieren, was mit einer Welt los ist, in der sogar die Bereitstellung von Trinkwasser Gegenstand „*politisch-strategischer*“ Interessen ist. Stattdessen darf und soll er sich an rührenden Geschichten darüber erbauen, in wie große Not da manch einer geraten und wie wunderbar die Hilfe angekommen ist – im Einzelfall, beim ganz konkreten Menschen. Wer darüber nicht alles Nörgeln vergisst, der ist einfach kein guter Mensch!

Das „Helfen“ eint die Nation

Dezidiert unkritisch sollen alle zusammenhalten, die Völker und ihre politischen Häuptlinge, und ganz einig und einfach mal rundherum dafür sein. Und das derart agitierte Publikum, die demokratische Massenbasis der imperialistisch engagierten Staaten, macht mit. Zuerst ist es – teilweise wenigstens – nur erschrocken, entsetzt, hilfsbereit. Es vergisst kurzfristig sich ums Geldverdienen und die nationale Leitkultur zu kümmern. Doch innerhalb kürzester Zeit schlägt die spontane Reaktion in eine polit-moralisch brauchbare Geisteshaltung um. Aus dem Impuls zu helfen wird eine gute Tat, die der anständige Zeitgenosse, den der normale Horror des globalisierten Kapitalismus nicht mehr irritiert, sich und seinem Gewissen schuldig ist und die ihm, auch ohne dass er es darauf abgesehen hat und ob er will oder nicht, eine sehr befriedigende Vergütung einbringt: Er befindet sich mittendrin in einer großen Ge-

Studium Generale: Deutschland im Umbau „,Also wirklich ga-ga!“

Im Rahmen der Vortragsreihe „Deutschland braucht mehr Armut“, die das Studium Generale an der Tübinger Uni in diesem Wintersemester aufgelegt hat, trat im Dezember **Oswald Metzger** auf. Der Mann ist „*ordoliberaler Grüner*“ und „Finanzexperte“, der „*seinen Adam Riese kennt*“. Als solcher hat er Folgendes ermittelt: So geht’s nicht weiter! Wie und was? Man ahnt die zeitgemäße Antwort: der Saus und Braus, in dem die lohnabhängigen Deutschen immer noch leben. Was können sich die von ihren Löhnen nicht alles leisten, und geschicktes Umleiten von Lohnbestandteilen in diverse Sozialkassen sorgt dafür, dass sogar Kranke, Alte und Arbeitslose an der Gesamtlohnsumme ein bisschen mitfinanziert werden können. „*Das ist der Wahnsinn!*“, ruft Herr Metzger, „*Deutschland steht am Abgrund!*“. Löhne sind schließlich Kosten und was macht

Diesen Interessengegensatz zur Interessenidentität zu erklären, argumentiert mit der durchgesetzten und deshalb für selbstverständlich und unumstößlich erklärten Abhängigkeit der Arbeitnehmer von den Arbeitgebern: wenn doch den einen das Kapital gehört und den anderen nichts als ihre eigene freie Person, dann können letztere nur leben, wenn erstere sie für ihr Gewinninteresse nutzen, also ist deren Gewinninteresse auch ihr Interesse. Und ihr eigenes Einkommen, der einzige Grund, warum sie arbeiten gehen, widerspricht, so betrachtet, dem Interesse der Arbeiter. Im wohlverstandenen Interesse der Lohnempfänger soll es dann sein, wenn sie möglichst wenig Lohn für möglichst viel Arbeitsleistung kriegen.

„*Wir Deutschen haben ein Problem, weil wir den Sozialstaat über den Arbeitsmarkt finanzieren. Das führt zu einem ’verriegelten’ Arbeitsmarkt. … Die Lohnbezogenheit der Sozialabgaben kann nicht beibehalten werden, weil dann die Lohnkosten explodieren und der Beschäftigungsabbau im Land zunimmt. …Lohnerosion und Lohndumping können Sie in einer Wettbewerbsgesellschaft nicht verhindern. Wir leben vom Wetbewerb um den Güterverkauf. Wir Deutschen können keine Mauer um unser Land ziehen und da hohe Löhne zahlen.“*

Streng nach Adam Riese werden hier Äpfel und Birnen zusammengezählt und unter dem Titel „Deutsche“ Kapitalbesitzer und Lohnabhängige in einen Topf geworfen. *Kosten* sind die Löhne nur für die Deutschen, denen die Unternehmen gehören und die Löhne dafür zahlen, dass andere Deutsche für sie arbeiten und „Güter“ produzieren, deren Verkaufserlös die aufgewandten Kosten in möglichst hohem

meinschaftsveranstaltung zu der sich Politiker und kirchliche Würdenträger, Prominente und Wirtschaftsbosse zusammnton. Für volle zwei Wochen wird Spenden zum aktuell gültigen Kriterium menschlichen Anstands, dem auch die übergroße Mehrheit genügen möchte, die noch nicht einmal über eine nennenswerte Steuerschuld verfügt, die sie mit der Spendenquittung mindern könnte

Bei so viel von sich selbst überzeugter kollektiver Güte findet niemand etwas dabei, niemand fühlt sich mit seinem Mitleid zynisch funktionalisiert oder auch nur missverstanden, wenn der Kanzler sein Volk für seine Spendenbereitschaft lobt, sich bei seinen Deutschen bedankt und per Dementia auch noch ausdrücklich klarstellt wofür: Selbstverständlich geht es kein bisschen um einen Weltlauf der Nationen; es ist nur einfach so, dass „wir“ Spenden-Weltmeister sind, stolz auf „uns“ sein können und der Rest der Welt auch eine dicke Scheibe von „unserer“ zivilen Weltverbesserungsgesinnung abschneiden sollte. Das geschmeichelte Volk bleibt seinem Kanzler nichts schuldig: Es verzehrt ihm manches, womit er sich phasenweise unbeliebt gemacht hat. Wo Volk und Führung sich in tief empfundener Betroffenheit und in ihrem eindrucksvollen kollektiven Auftritt auf der moralischen Weltbühne gerade so einig sind, da fänden es selbst die Betroffenen, von den aktuell nicht Betroffenen ganz zu schweigen, absolut kleinlich, dem Veranstalter sein nationale Verelendungsagenda 2010 übel zu nehmen.

So lernt die betroffene Menschheit wieder mal Bescheidenheit, während ihre politischen Häupter so unverschämt wie immer den Nutzen ihrer imperialistischen Staatsmacht mehren.

Die Rentenkasse der Arbeiter

Mitarbeiter über 50. Das ist der Hammer!“ Wieso? Weil die Ausgemusterten Zahlungen aus irgendeiner Sozialkasse kriegen.

„Ein 57jähriger erhält heute 36 Monate Arbeitslosengeld und geht dann in Rente. Die Gesellschaft zahlt die Kosten für diesen Vorruhestandswahnsinn!“

Das mit der „Gesellschaft“ hatten wir unter dem Titel „Deutschland“ oben schon mal. Und es stimmt auch hier nicht. Die „Gesellschaft“ zahlt nix, die Lohnarbeiter zahlen ihre Rente selber, indem ein Teil ihres Lohns in die Rentenkasse zwangsabgeführt wird. Aber, so Metzger baumschla, man könnte den Jungen weniger Bruttolohn bezahlen, wenn man den Alten weniger reinschieben würde. Reformbedarf!

„*Wer mit 60 in Rente geht, soll auf rund ein Drittel seiner Rente verzichten. Bisher liegen die Abschläge für einen 60jährigen Rentner nur bei 18 Prozent. Das können wir uns nicht mehr leisten, wenn wir die Lohnkosten senken und Arbeitsplätze schaffen wollen. Ein höherer Rentenabschlag für vorzeitige Rente verhindert die altersfeindliche Beschäftigungsmentalität. Die Rente wird aus Sozialabgaben bezahlt und erhöht so die Arbeitskosten. Wenn man die Alten nicht mehr rauskauft und rausmobbt, werden die Jungen billiger. Das schafft Arbeitsplätze.“*

„*Der Kündigungsschutz verhindert Chancen auf Arbeit und Lebensinn für Ältere.“*

„*Relativ zum längeren Lebenszyklus immer weniger zu arbeiten, passt nicht zusammen. Für diese banale wie brutale Erkenntnis muss man nur die Grundrechenarten beherrschen.“*

Gewalt, Moral und Arithmetik gehen hier ein bisschen durcheinander: Erstens gehen ältere Arbeiter in der Regel dann in den Vorruhestand, wenn das Unternehmen Stellen abbaut (vgl. Opel in Bochum). Ein Rentenabschlag mag ihre Not vergrößern und

Hunger in der Dritten Welt - volkswirtschaftlich durchgerechnet

Hunger in der Dritten Welt - volkswirtschaftlich durchgerechnet:

Weltweit wird organisiert. In zunehmendem Ausmaß. Es gibt Organisationen, die da genau mitzählen. Beispielsweise die Welternährungsorganisation (FAO) der UNO. Die hat gerade ermittelt, dass 852 Millionen Menschen zu wenig zu essen haben. Und das bei steigendem nationalen Reichtum.

„*Einst huldigten manche Entwicklungsökonomem den so genannten Trickle-Down-Effect. Der zunehmende Reichtum eines Landes sollte nach dieser Theorie irgendwann bis in die ärmsten Schichten ’durchsickern’. vielerorts blieben diese Effekte aber aus, die Armen blieben arm, während die Reichen immer reicher wurden.“* (SZ)

Na da schau her! Wer Reichtum hat, kann ihn vermehren, wer keinen hat, tut sich da schwer. Dafür sorgt schon die mit globaler Durchsetzung der freien Marktwirtschaft überall gültige staatliche Garantie des Privateigentums. All die schönen Lebens- und Produktionsmittel gehören jemandem, der sich damit bereichern will und soll, und trickeln deshalb nicht in der Gegend herum.

Über diese Gründe für das Ausbleiben des Tröpfleffekts macht sich allerdings niemand groß Gedanken, darüber, ob der Hunger in Ordnung geht, dagegen schon. Die einen weisen darauf hin, dass die Welt nun mal dem Tüchtigen gehört (der gilt in schönem Zirkelschluss deshalb als „tüchtig“, weil ihm die Welt gehört), die anderen beklagen „menschliche Tragödien“ und spenden. Volkswirtschaftler rechnen. Und wenn sie den Hunger nicht so gut finden, dann rechnen sie so:

„*Die Kosten des Hungers belasten die Volkswirtschaften der armen Länder gewaltig. Weil viele Kinder wegen Unterernährung und Krankheit frühzeitig sterben oder zu schwach sind, um sich für eine Arbeit zu qualifizieren,*

damit die Notwendigkeit für sie, am Arbeitsplatz festzuhalten. Der Beschäftigungswillen des Betriebs befördert das nicht, und der ist schließlich entscheidend.

Zweitens machen geringere Beiträge für die Rentenkasse die Jungen zwar billiger, dass deshalb aber auch mehr eingestellt werden, steigt überhaupt nicht fest. Und wenn, dann fliehen dafür noch mehr Ältere raus, mit Rentenabschlag!

Drittens fehlen Einem mit wenig Lohn und wenig Rente die Mittel zum Leben, ganz unabhängig davon ob man in der Arbeit einen Lebensinn entdeckt oder lieber ohne auskäme. In dieser besten aller Wirtschaftsweisen macht nämlich nicht Arbeit, sondern Geld frei, und Arbeiten für geringes Entgelt macht arm.

Und viertens passen in einer Wirtschaft, in der die Arbeitsproduktivität ständig gesteigert wird, längerer Lebenszyklus und weniger Arbeit rein rechnerisch wunderbar zusammen. Schließlich kann mit weniger Arbeitsaufwand immer mehr produziert werden. Nicht zusammen passt das nur in der freien Marktwirtschaft , in der der Profit der Unternehmen der Zweck und die Senkung der Lohnkosten dafür das Mittel ist.

Aber wenn man „länger arbeiten, privat vor-sorgen und weniger konsumieren“ als nützlich für „uns Deutsche“ rausbringen will, dann kann man es weder mit den Voraussetzungen der Rechnung, noch mit den Rechengrößen und Grundrechnungsarten allzu genau nehmen. Diese klassenübergreifende Parteilichkeit für eine Gesellschaft, die dadurch reicher wird, dass sie die Lohnabhängigen arm hält und immer ärmer macht, ist nur mit Dummheit zu haben.

Wir konstatieren frei nach Metzger: Das ist wirklich ga-ga!

Die Rentenkasse der Arbeiter

entstehen Produktionsausfälle im Wert von hunderten Milliarden Euro. FAO-Berechnungen haben ergeben, dass jeder Euro, der gezielt Ernährung und Gesundheit der Ärmsten verbessert, einen fünf- bis 20-fachen Ertrag bringt.“ (SZ)

Der marktwirtschaftliche Grundsatz, dass Geld verausgabt wird, um mehr Geld daraus zu machen, wird von dieser Berechnung nicht nur geteilt, er wird sogar als guter Grund für Hungerhilfe angeführt: Verschwendung von Ressourcen sei der Hunger, rausohlen ließe sich was aus den Hungerbäuchen, wenn man minimale Mittel für ihren Unterhalt verausgaben würde. Volkswirtschaftlicher Unverstand wird gegeißelt, indem man die Kosten für die Armenspeisung mit einem erfundenen Produktivitäts- und Ertragsfaktor multipliziert.

In Wirklichkeit führt gerade der Zweck, dass jeder verausgabte Euro einen x-fachen Ertrag bringen soll, dazu, dass die Ärmsten hungrig und krank sind und bleiben. Die Grundlage privatwirtschaftlicher Rechnung heißt nämlich nicht, dass wer nicht isst, nicht arbeiten kann, sondern, dass Essen nicht bezahlt wird für die, die für gewinnbringende Arbeit nicht gebraucht werden. Es ist, im Gegenteil, im Interesse der Geldvermehrung erfolgreich überprüft worden, ob sich mit dem Gelände, auf dem sich irgendwelche Wald- und Wiesenebewohner mit Hackfruchtanbau, Weidewirtschaft o.ä. durchgeschlagen haben , nicht etwas Gewinnbringendes veranstalten lässt. Und wenn da ein Konzern in Plantagenwirtschaft oder Rohstoffabbau investiert hat, dann hatten die dort Ansässigen zu weichen. Das hat die Slums der paar Großstädte inzwischen zum Bersten gefüllt. Ein Staat, der private Kapitalvermehrung zu seiner Einkommensquelle erkoren hat, - und das tun, mit nachdrücklicher Motivation durch den Internationalen Währungsfonds (IWF), inzwischen alle „armen Länder“ - ,sieht es, politökonomisch durchaus korrekt, als Verschwendung

Die Rentenkasse der Arbeiter

Die Rentenkasse der Arbeiter

Die Rentenkasse der Arbeiter

Die Rentenkasse der Arbeiter

Die Rentenkasse der Arbeiter

Die Rentenkasse der Arbeiter

Die Rentenkasse der Arbeiter

Die Rentenkasse der Arbeiter

Die Rentenkasse der Arbeiter

Die Rentenkasse der Arbeiter

Die Rentenkasse der Arbeiter

Die Rentenkasse der Arbeiter

Die Rentenkasse der Arbeiter

knapper Haushaltsmittel an, diese Hungerleider mit Nahrung, Wohnung und Medikamenten zu versorgen. Fürs Geschäftmachen sind sie überflüssig, also ist ihre Fütterung ohne jeglichen volkswirtschaftlichen Nutzen. Nach kapitalistischen Maßstäben wäre das nun wirklich Verschwendung von Ressourcen.

Die Rechenkünstler von der FAO sehen das anders. Für sie ist die Geldvermehrung eine fraglos großartige Sache, die massenhafte Armut nicht hervorruft, sondern – eigentlich – verhindert. Den „Beweis“ liefern



Vergeudete Ressourcen?

sie sich und dem Rest der Welt, indem sie ein Einkommen, das die Armen nicht haben, mit einer Produktion, die nicht stattfindet, verrechnen, dem Ganzen einen nicht vorhandenen Ertrag zuschreiben und dann dessen „Ausfall“ beklagen. Das alles ist ein einziges Phantasieprodukt und muss es sein, wenn herauskommen soll, dass Profitwirtschaft und Volksernährung zusammengehören. Aber wo ein Wille ist, da findet sich auch die passende volkswirtschaftliche Rechnung. Stimmen muss sie ja nicht.

Immer Ärger mit dem „Humankapital“ der Nation Die PISA-Studie - Was für ein Schock!

Im Folgenden drucken wir einen leicht gekürzten Artikel aus dem GEGENSTANDPUNKT 1/02 ab.

Oh Schmach und Schande. Das „Programme for International Student Assessment“, kurz „PISA“, bringt es an den Tag: Deutsche Schüler liegen sowohl in ihrer „Lesekompetenz“ als auch in Mathematik und Naturwissenschaften „deutlich unter dem Durchschnitt der Industrienationen“. Im Vergleich von 32 Ländern landet Deutschland nur auf den Plätzen 22 bis 25 - also weit abgeschlagen von allen Medaillenrängen. Was das Rechnen angeht, so hapert es bereits bei „einfachsten Grundschul-Aufgaben“ und beim Lesen erbringen deutsche Schüler „Spitzenwerte“ - in der Zahl derer, die gegen Ende ihrer Schulkarriere nicht einmal „Lesekompetenzstufe I“ erreicht haben, also faktisch Analphabeten sind. Selbst bei den oberen 10% der „guten Leser“ belegt Deutschland nur einen Mittelplatz. „Besonders schlecht schneiden deutsche Schüler ab, wenn sie über einen Text nachdenken und ihn bewerten sollen“. (SZ, 5.12) Und das beim Volk der „Dichter und Denker“!

Einig sind sich alle über eines: die „beschämend schlechten“ Leistungen des deutschen Nachwuchses im internationalen Vergleich sind ein Skandal. Verhängt ein internationaler Schulleistungs-Test über den Ertrag deutscher Schulen die Abschlussnote „Ungenügend“, steht weit Höheres auf dem Spiel als „nur“ die Ausstattung der Jugend mit vernünftiger Bildung: „Reputation und Zukunftsfähigkeit des Standorts Deutschland“ (Möller selig) sind in Gefahr.

Eine verräterische Sorge.

Sie gibt nämlich eine erste Auskunft darüber, wofür Bildung und Erziehung in einer modernen Kulturnation gut sind und von Staats wegen veranstaltet werden: In all ihrer nationalen Betroffenheit sehen die Freunde der Volksbildung aus Kultusministerien und Feuilleton im Arsenal der kleineren und größeren ABC-Schützen nicht mehr und nicht weniger als eine *nationale Ressource*, bei deren Aufrüstung mit den nötigsten intellektuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten der Staat nichts anbrennen lassen darf, um in der Konkurrenz der „Standorte“ um Macht und Reichtum Erfolg zu haben. Zwar hängt von den Rechen- und Lesekünsten von Hauptschülern so unmittelbar kaum etwas ab. Doch wenn es daran vergleichsweise fehlt, und das flächendeckend, dann liegt da nach allgemeiner Einschätzung doch ein Defizit vor, ein Konkurrenznachteil von zwar unbestimmter, deswegen aber auch unabsehbarer Tragweite. Auch wenn der Nachwuchs der Nation für deren weltmarktwirtschaftlichen Konkurrenzkampf noch nicht einmal vollzählig gebraucht wird: Bereitstehen soll er schon, fit und willig für jeden Gebrauch, flexibel einsetzbar und pünktlich, mit all den Fertigkeiten ausgestattet,

von denen dann der Arbeitgeber nach *seinem* Bedarf so selektiv Gebrauch machen darf und machen soll, wie er es braucht - was *er* nicht benötigt, mag dann getrost zugrunde gehen. Darauf jedenfalls hat die rechenkundige Wirtschaftselite der Nation ein Anrecht. Und deswegen nennt Arbeitgeberpräsident Hundt es „für eine führende Industrienation einen Skandal“, wenn, wie die PISA-Studie zeigt, ein knappes Viertel der Schüler durch hoffnungsloses Unwissen seine Benutzbarkeit gefährdet.

Andererseits sind solche Beschwerden doch auch wieder einigermaßen ungerecht. Denn sie treffen nur den einen Teil des staatlichen „Bildungsauftrags“ - eben das berechnete Interesse der arbeitgebenden Elite an einem zeitgemäß nutzbaren Menschenmaterial. Zur allgemeinen Volksbildung gehört aber ein genauso gewichtiger zweiter Auftrag: die *Vorsortierung* des gesellschaftlichen Nachwuchses; genauer: die *Herstellung von Unterschieden* an den jungen Leuten, die für deren gerechte und passende Verteilung auf die verschiedenen Stufen in der gegebenen *Hierarchie der Berufe* sorgen. Die Auslese, die für den Arbeitsmarkt getroffen wird, findet *vor* ihm statt, und zwar über die unterschiedliche *Zuteilung* von Bildung nach dem ebenso funktionalen wie gerechten Grundsatz: *Wer länger* braucht, kriegt *weniger Zeit* zum Lernen; wer nicht planmäßig mitkommt oder mitmacht, kriegt nicht umso mehr, sondern umso *weniger Unterricht*. Die Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten intellektueller Art geschieht nämlich im Hinblick auf *Prüfungen*, die ausdrücklich so angelegt sind, dass sie eine gewisse Quote von „Versagern“ hervorbringen, die alsdann von weiterer Ausbildung ausgeschlossen werden. Der Bildungskanon fungiert als *Stoff*, mit dessen Hilfe die Selektion und die „Weichenstellung“ vorgenommen wird, auf die sich dann der Arbeitsmarkt mit seinem differenzierten Bedarf so nutzbringend bezieht. Und das bis hinunter zur Rekrutierung des Personals für die Abteilung Lumpenproletariat. Wenn nämlich das Wochenblatt fürs gebildete Publikum, *Die Zeit*, anlässlich der PISA-Studie bemerkt, dass „für manche Erstklässler die spätere Langzeitarbeitslosigkeit in der postindustriellen Gesellschaft bereits beschlossene Sache ist“, dann mögen die letzten Idealisten der marktwirtschaftlichen Menschensortierung das zwar so verstehen, als ließe sich durch emsiges Lernen die Entstehung von Langzeitarbeitslosigkeit überhaupt vermeiden; Tatsache ist aber - und so meint es das schlaue Blatt in seinem abgeklärten affirmativen Zynismus wohl auch -, dass diese Sorte Elend einem gehörigen Prozentsatz der Gesellschaft auf alle Fälle blüht - und dass die Schulkarriere bloß mit darüber entscheidet, *wen* es trifft. Die von den ersten Schulklassen an konsequent praktizierte Trennung zwischen „den Guten“ und dem gro-

ßen Rest bringt neben einer „Elite“ und einem größeren Teil von „Nicht-Elite“ eben auch alle Mal einen gehörigen Schwung von definitiven Schulversagern hervor, die schon damit für ihr restliches Leben ziemlich abgeschrieben sind. Die Ergebnisse und eingetretene Erfolge dieser schulischen Sortierungs-Bemühungen werden gerade durch die PISA-Studie eindrucksvoll bestätigt: 22% der Schüler verrotten „auf der untersten Niveaustufe“ - ungefähr haargenau der Anteil, den das Subproletariat in „unserer postindustriellen Bildungsgesellschaft“ ausmacht. So passend und gerecht zugleich organisiert das Schulsystem der Republik die Verteilung der „jungen Menschen“ auf die unterschiedlichen Klassen - und reproduziert dabei sogar mit einiger Treffsicherheit ihre Herkunft *aus* ihrer jeweiligen Klasse: „Mehr als in anderen Ländern besteht in Deutschland ein straffer Zusammenhang zwischen sozialer Stellung der Familien und schulischen Leistungen.“ (SZ, 5.12.) Die Nachkommenschaft der unteren wie der oberen Schichten landet also nach ihrer Teilnahme an den öffentlichen Bildungsveranstaltungen wieder dort, wo sie herkommt - und es gibt immer noch Leute, die sich darüber wundern. Als wäre mit den Praktiken der effektivst möglichen Auslese nicht zugleich auch schon klar, dass schulischer Erfolg der Kinder zu einem Gutteil davon abhängt, wie viel an Zeit, Geld und „Erfolgsorientierung“ ihre Familien dafür aufzuwenden vermögen, wie produktiv, also im Sinne der Selektion durch Prüfungen, ihre Drangsalierung durch ihre Eltern - Gen? Umwelt? - ausfällt. Und wenn sich schon der Staat ein Sparprogramm in seinem Bildungswesen verordnet und seinen einstmals selbstverordneten Auftrag, für „gleiche Bildungschancen“ und ein paar Arbeiterkinder an den Universitäten zu sorgen, ersatzlos zugunsten von „gezielter Förderung von Spitzenbegabungen“ und kostengünstiger Abwicklung für den Rest gestrichen hat, dann gilt der Maßstab des Geldes eben auch ungebremst für die Schulerfolge der lieben Kleinen. Bildung ist eine Klassenfrage - *das* deckt die PISA-Studie ganz nebenher wieder einmal auf.

Und *das* geniert im modernen Klassenstaat, Marke BRD, im Grunde auch niemanden mehr; ein paar alte hartgesottene GEWler vielleicht ausgenommen. Wenn es in der besten aller Welten für einen nicht unbeachtlichen Prozentsatz der Bevölkerung den Status des gesellschaftlichen Ausschusses gibt, dann spricht das heutzutage nicht gegen diese Welt. Das Bildungswesen allerdings, so der Inhalt der aufgeregten Nach-PISA-Debatte, soll nicht vorschnell und eigenmächtig für diesen Ausschuss sorgen. Wenn es einen Großteil seiner Absolventen noch nicht einmal dazu befähigt, den Konkurrenzkampf um Auf- oder Abstieg in der Welt der Lohnarbeit überhaupt so richtig aufzunehmen, dann hindert es den „Arbeitsmarkt“ daran, das entscheidende Urteil über Brauchbarkeit oder Unbrauchbarkeit des nachwachsenden Menschenmaterials zu treffen. So brauchbar sollten die Jugendlichen also auf alle Fälle sein, dass die Arbeitgeber die uneingeschränkte freie Auswahl haben. Was sich übrigens, ohne dass auch nur irgendetwas anderes gemeint wäre, auch so ausdrücken lässt: Jeder Einzelne soll *seine Chance* haben,

das Optimum an Erwerbsfähigkeit aus sich heraus zu holen und im Berufsalltag seinen gerechten Platz zu finden. So buchstabiert sich „Ressource“ menschenfreundlich.

Im Übrigen gibt es oberhalb der herrschenden Brauchbarkeits- und Sortierungsgesichtspunkte noch ein höheres Recht auf Bildung, aus dem der dritte Teil des öffentlichen Auftrags an ein nationales Schulsystem folgt: Einem modernen Kulturstaat ist daran gelegen, seinem Volk und dessen Jugend die Grundausrüstung eines *anständigen Staatsbürgers* mit auf den Lebensweg zu geben. Recht viel an Bildung braucht es - der nicht aussterben wollenden, idealistischen Verwechslung von Volksbildung mit einem gebildeten Volk zum Trotz - dafür zwar nicht. Aber ein einigermaßen anstelliger Umgang mit Formularen, Wahlzetteln und der Lektüre der Bild-Zeitung, eine solide „Verankerung in der abendländischen Wertegemeinschaft“ und das Wissen, wo die persönliche Freiheit endet und dass man Gewalt nur in staatlichem Auftrag anwenden darf - mit so viel geistigem Rüstzeug soll ein nützliches Volk schon versehen sein. So gänzlich ohne alle Fertigkeiten im Umgang mit der Sprache aller Deutschen, dass es am Ende *dafür* nicht mehr reicht, darf ein zuverlässiger Nationalist nun eben auch nicht sein: So viel Lesekompetenz muss sein. Und in dieser Hinsicht gibt die massenhafte geistige Verelendung der Jungmannschaft dem Herrn über Erziehung und Ausbildung Anlass zu einer gelinden Besorgnis; nämlich: wie gut und wie zuverlässig sich mit einem - nicht nur im internationalen Vergleich - derart großen „Sumpf“ an Bildungsdefiziten Staat machen lässt. Diese Sorge wird dadurch noch verschärft, dass sich das jugendliche Lumpenproletariat zu einem ansehnlich großen Teil aus Nicht-Deutschen zusammensetzt, an deren nationaler Zuverlässigkeit ohnehin schon sehr prinzipielle Zweifel bestehen. Da braucht der Bundespräsident „kein Prophet zu sein, um zu erkennen, dass wir es in den kommenden Jahren mit noch größeren Integrationsproblemen zu tun bekommen, wenn wir die Kindergärten und Grundschulen nicht so umgestalten und ausstatten, dass sie ihren Beitrag zu einer gelungenen Integration leisten können“ (Rau am 10.1.). Sonst wächst der Nation nämlich am Ende eine Fünfte Kolonne aus lauter ebenso nutz- wie heimatlosen Gesellen heran, deren nationaler Gesinnung man überhaupt nicht mehr über den Weg trauen kann.

Bei seiner Elite hingegen braucht sich der Klassenstaat keine Sorgen zu machen, dass sie nicht willens und in der Lage wäre, sich seine Problemstellung anzueignen und öffentlich nachzudenken über: Sollen „wir“ den Ausländeranteil in Schulklassen begrenzen? Brauchen „wir“ mehr Schulbullen, um chronischen Schulschwänzern ihre Bildungspflicht beizubiegen? Können Ganztagschulen Begabte besser fördern bzw. Benachteiligten ausgleichen? Vielleicht sollte die irreversible Weichenstellung für die künftige Klassenzugehörigkeit besser erst nach der 6., 9. oder 10. Klasse erfolgen?... So bewegt der „Schock“ der PISA-Studie dann doch einiges: Alle sorgen sich um das rechte Maß an Volksbildung.

Jour Fixe

in Tübingen und Freiburg

Wer nun Interesse bekommen hat, sich mit einigen Argumenten näher auseinanderzusetzen, der ist eingeladen, an einem wöchentlichen Diskussionstermin teilzunehmen.

Tübingen

Wir treffen uns jeden Dienstag um 19 Uhr im Nebenzimmer der Gaststätte Herzog Ulrich, Ulrich-/Ecke Christophstr.

Freiburg

Wir treffen uns jeden Mittwoch um 19.30 Uhr im u-astabäude in der Belfortstraße 24, schräg gegenüber von der UB.